



>>> FÜR EINE ENGERE TRANSATLANTISCHE PARTNERSCHAFT

Positionspapier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Beschluss vom 20. Januar 2009

Präambel

Eine gute Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Europa ist unabdingbare Voraussetzung, um unserer gemeinsamen globalen Verantwortung nachkommen zu können. Die transatlantische Gemeinschaft muss auf einem festen Fundament gemeinsamer Werte gegründet sein, das wir unter dem neuen US-Präsidenten Barack Obama weiter ausbauen und intensivieren wollen. Sie eint das Ziel, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschen- und Freiheitsrechte weltweit zur Geltung zu bringen.

Angesichts der fortschreitenden Verflechtung in den transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen ist ein vertrauensvolles Verhältnis zu den USA elementar. Vereint müssen wir daran gehen, die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise zu meistern.

Zugleich müssen wir Europäer mehr dazu beitragen, an der Gestaltung einer besseren Weltordnung mitzuwirken. Dazu gehört auch, Handlungsoptionen zu entwickeln, die unseren Interessen, unserer Verantwortung und auch unserem Potential entsprechen und dabei politische, entwicklungspolitische, wirtschaftliche und – als ultima ratio – militärische Instrumente sinnvoll, zielgerichtet und nachhaltig verbinden. Dabei suchen wir eine enge Abstimmung mit unseren Verbündeten in Nordamerika und Partnern weltweit. Insbesondere muss uns daran gelegen sein, dass EU und NATO noch enger kooperieren und sich gegenseitig ergänzen.

Europa muss und kann im transatlantischen Verhältnis auch künftig selbstbewusst auftreten, aber nicht als Gegengewicht, sondern als Partner der USA. Ziel ist, partnerschaftlich zu einem Maximum gemeinsamer Positionen zu gelangen. Ein transatlantisches Vertrauensverhältnis schließt Meinungsverschiedenheiten nicht aus, doch müssen sie im Geiste der Freundschaft und im Willen zu gemeinsamen Lösungen ausgetragen werden. Geschlossen und entschlossen müssen wir die vor uns liegenden Chancen ergreifen und den Herausforderungen und Gefahren begegnen.

Transatlantische Koordinierung in der Finanzkrise

Die globalen Auswirkungen der Finanzmarktkrise erfordern entschlossenes Einschreiten. Politisches Handeln ist stärker gefragt denn je. Regierungen und Notenbanken weltweit müssen auf den Finanzmärkten wieder Vertrauen herstellen. Und wir müssen alles dafür tun, derartige Krisen künftig zu vermeiden.

Das in Deutschland bewährte Modell der Sozialen Marktwirtschaft bietet ein sicheres Fundament für diese Herausforderungen. Denn Wettbewerbsprozesse müssen sich in geordneten Bahnen entwickeln. Dafür sorgt ein schlanker, aber starker Staat. Dort, wo Schäden für Gesellschaft oder Umwelt drohen, setzt der Staat klare Schranken.

Vor diesem Hintergrund ist der auf dem G-20 Gipfel am 14./15. November 2008 in Washington beschlossene Aktionsplan ein großer Erfolg, der vor allem auch auf guter transatlantischer Zusammenarbeit beruht. Wir sehen darin die Fortsetzung der von Bundeskanzlerin Angela Merkel auf dem G8-Gipfel in Heiligendamm

im Juni 2007 angestoßenen Initiative für Transparenz und Stabilität auf den Finanzmärkten.

Zentrale Ansatzpunkte des nun in Gang gesetzten Koordinierungsprozesses sind für uns größere Transparenz, eine angemessene Risikounterlegung von Finanzprodukten, verbindliche Verhaltensregeln für Ratingagenturen und effektiveres Risikomanagement bei den Banken. Intensive globale Kooperation ist unverzichtbar. Wir sehen eine große Chance für die Politik. Für uns geht es um die Aufgabe, Globalisierung zu gestalten.

Transatlantische Wirtschaftspartnerschaft

Aufgrund des weltweiten Konjunkturabschwungs ist auch Kooperation im Bereich der Realwirtschaft stärker gefragt denn je. Die transatlantische Zusammenarbeit kann und muss hier entscheidende Impulse leisten. Die Europäische Union und die Vereinigten Staaten erwirtschaften fast die Hälfte der Weltwirtschaftsleistung. Über Handel und gegenseitige Investitionen sind wir die am stärksten verbundenen Wirtschaftsräume der Welt.

Gemeinsam müssen wir jetzt positive Signale für die Weltwirtschaft setzen. Das geht weit über koordinierte Pakete zur Stimulierung der Konjunktur hinaus. Wir müssen protektionistischen Tendenzen entgegenzutreten. Ein zügiger Abschluss der Doha-Runde ist ein wichtiges Ziel. Das gibt den globalen Märkten Sicherheit und Vertrauen und schafft neue Dynamik für den Welthandel.

Im April 2007 haben wir auf Initiative der damaligen EU-Ratspräsidentin Angela Merkel den Transatlantischen Wirtschaftsrat ins Leben gerufen. Für Deutschland, die EU und die Vereinigten Staaten hat diese Einrichtung ein herausragendes ökonomisches und politisches Potenzial. Wichtige Erfolge wurden bereits erzielt. So führt die gegenseitige Anerkennung der Rechnungslegungsstandards zu einer erheblichen Entlastung der Unternehmen von Doppelarbeit und zusätzlichen Kosten. Fortschritte beim Investitionsdialog führen zu einer Verbesserung des Marktzugangs für Investoren.

Wir sollten den transatlantischen Wirtschaftsrat verstärkt dazu nutzen, nichttarifäre Handelshemmnisse weiter abzubauen. Damit erschließen wir ein Wachstumspotenzial von bis zu jährlich drei Prozent des Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukts in den Vereinigten Staaten und der EU. Neben der gegenseitigen Anerkennung von Standards sollte es auch unser Ziel sein, in den Bereichen geistiges Eigentum, Investitionen, sicherer Handel, Container-Durchleuchtung sowie Innovationen und Technologie intensiver zusammen zu arbeiten.

Bewältigung des Klimawandels

Um den Klimawandel erfolgreich bewältigen zu können, ist entschlossenes, gemeinsames Vorgehen mit den USA erforderlich.

Zusammen mit den USA wollen wir die Führung beim Kampf gegen den Klimawandel wahrnehmen. Wir bauen dabei darauf, dass die Ankündigungen für ein umfassenderes Konzept der USA

zum Klimaschutz weitgehend verwirklicht werden. Wir in der EU setzen das Klimaschutzpaket konsequent um. Wir werden die Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2020 um 20 Prozent verringern. Wir wollen diese Emissionen im Rahmen einer globalen und umfassenden Klimaschutz-Vereinbarung sogar um 30 Prozent verringern, sofern die übrigen Industrieländer sich verpflichten, vergleichbare Emissionsreduzierungen zu erreichen. Mit einer überzeugenden transatlantischen Position im Kampf gegen den Klimawandel, die eine technologische und finanzielle Unterstützung für Schwellen- und Entwicklungsländer einschließt, können wir Staaten mit bereits hohen Emissionen wie China oder Indien und die anderen wirtschaftlich weiter fortgeschrittenen Entwicklungsländer überzeugen, einen ihren jeweiligen Verantwortlichkeiten und Fähigkeiten angemessenen Beitrag zu leisten und eigene Klimaziele festzulegen.

Die Anstrengungen für ein Kyoto-Plus-Abkommen für die Zeit nach dem Auslaufen des Kyoto-Protokolls im Jahr 2012 müssen weiter verstärkt werden. Das Ziel, den globalen Temperaturanstieg bis Ende des Jahrhunderts auf zwei Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu beschränken, um den Klimawandel in einem noch erträglichen Rahmen zu halten, muss völkerrechtlich verbindlich gemacht werden. Neben den USA müssen in diese Klimaschutzbestrebungen andere Industrie- und Schwellenländer, die das Kyoto-Protokoll bisher nicht unterzeichnet haben, eingebunden werden. Ein globales Emissionshandelssystem und eine Erweiterung der projektbezogenen Mechanismen des Kyoto-Protokolls würden mit mehr Kosteneffizienz und Flexibilität zur Erreichung der Klimaschutzziele beitragen. Nur eine Politik, die Klimaschutz sowie Wachstum und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit fördert, wird international zum Vorbild werden und den Standard setzen.

Deutschland und die USA stehen in der Verantwortung, eine Führungsrolle bei der Entwicklung und Umsetzung klimafreundlicher Technologien einzunehmen. Wir brauchen eine europäisch-amerikanische Forschungsgemeinschaft zu Erneuerbaren Energien. Deutschland kann dabei seine Marktführerschaft bei Energieeffizienz und Erneuerbaren Energien einbringen. Hier gibt es großes Potenzial zur Kooperation und Exportchancen für die deutsche Industrie.

Bestehende transatlantische Partnerschaften müssen ausgebaut werden, wie etwa die „Internationale Kohlenstoff-Aktionspartnerschaft“ oder die „Transatlantische Klima- und Energieinitiative“, auf die sich die Bundesregierung und Vorgänger-Regierung der USA geeinigt haben. Um die Auswirkungen des Klimawandels zu erforschen, bedarf es auch einer noch engeren Vernetzung der Wissenschaft auf transatlantischer Ebene. Dazu müssen Plattformen und Partnerschaften gefördert werden, die Amerikaner und Deutsche beim Wissensaustausch unterstützen.

Enge Abstimmung für eine gemeinsame transatlantische Sicherheitspolitik

Neben dem Kampf gegen den internationalen Terrorismus, sind es vor allem Konfliktherde im Nahen und Mittleren Osten, in

Afghanistan und Pakistan oder neuerdings im Kaukasus, aber auch in Afrika oder Asien, deren Lösung zentral für eine freie und stabile Weltordnung ist.

Von der Instabilität, die von regionalen Konflikten und von schwachen Staaten ausgeht, sind wir in Europa durch unsere geographische Nähe besonders betroffen. Zur Stabilisierung dieser Regionen müssen wir auch den gemeinsamen entwicklungspolitischen Dialog im Sinne einer präventiven Sicherheitspolitik verstärken und zu gemeinsamen Lösungsansätzen bei der entwicklungsorientierten Transformation fragiler Staaten sowie bei den Aufbau- und Entwicklungsanstrengungen in Post-Konflikt-Staaten gelangen. Auch eine mögliche nukleare Bewaffnung des Iran bedroht uns in besonderer Weise. Die vergangenen Jahre haben allerdings auch gezeigt, dass ohne amerikanisches Engagement und Führungsbereitschaft keiner dieser Konflikte gelöst werden kann. Aus diesem Grund erwarten wir einen intensiven und partnerschaftlichen Dialog über transatlantische Sicherheitspolitik. Wir sind uns dabei bewusst, dass Europa in Zukunft mehr Aufgaben übernehmen muss.

Grundlage der gemeinsamen Analyse und gemeinsamen Handelns ist die Bindung unserer Politik an Werte, die sich auch etwa im schwierigen Kampf gegen den Terrorismus bewähren müssen. Hier würde die angekündigte Schließung von Guantanamo die Glaubwürdigkeit der Vereinigten Staaten im Kampf gegen den Terrorismus erhöhen.

Stabilitätsanker NATO

Die NATO ist das zentrale Instrument unserer transatlantischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Mit dem sicherheitspolitischen Wandel haben sich auch die Aufgaben der Allianz verändert. Neben der weiterhin bestehenden zentralen Verpflichtung zur kollektiven Verteidigung reichen sie inzwischen von robusten Stabilisierungseinsätzen in Europa, an seiner Peripherie und weit jenseits der Grenzen des Bündnisgebietes bis hin zu humanitären Einsätzen in Katastrophengebieten.

Wir sprechen uns für eine ambitionierte Überarbeitung des zehn Jahre alten strategischen Konzepts des Bündnisses aus. Dies bietet die Möglichkeit eines notwendigen Klärungsprozesses über die Fortentwicklung der NATO und vor allem die Chance, uns über die Bedeutung und die Perspektiven der transatlantischen Sicherheitspartnerschaft gemeinsam Gewissheit zu verschaffen.

Das zukünftige strategische Konzept muss die sicherheitspolitischen Umbrüche der vergangenen Jahre in voller Breite widerspiegeln sowie die noch nicht abgeschlossene Transformation der NATO thematisieren. Am Anfang muss eine umfassende Analyse der neuen, kaum noch geographisch eingrenzbaaren Bedrohungen und sicherheitspolitischen Herausforderungen stehen. Dabei müssen auch nicht-militärische Aspekte wie beispielsweise ökologische, ökonomische, soziale und kulturelle berücksichtigt werden. Dazu gehören auch Fragen der Raketenabwehr, der Cyberabwehr und der Energiesicherheit.

Übergeordnetes Ziel ist es, einen neuen Konsens zu Fragen der Risiken, Bedrohungen und Aufgaben und Reichweite des

Bündnisses zu finden. Dazu muss die Art.-5-Garantie für alle Mitglieder gewährleistet sein. Die NATO muss auch weiterhin offen sein für neue Mitglieder, die nach Zugehörigkeit zur Allianz streben. Ihre Aufnahme muss sich an den Aufnahmekriterien des Bündnisses orientieren und einen Sicherheitsmehrwert für das Bündnis bedeuten. Ebenso wichtig ist der Ausbau der Beziehungen zu Partnern, insbesondere in Asien, die sich mit eigenen Soldaten z.B. an der ISAF-Mission in Afghanistan beteiligen.

Desweiteren bedarf das Verhältnis von NATO und EU der dringenden Verbesserung. Aus unserer Sicht stehen NATO und ESVP nicht in einem Konkurrenzverhältnis, sondern sind dank ihrer jeweils spezifischen Fähigkeiten komplementär. Gegenseitige Blockaden können wir uns angesichts der sicherheitspolitischen Herausforderungen nicht leisten. Wir brauchen eine gemeinsame strategische Kultur von NATO und EU.

Angesichts wachsender Aufgaben von NATO und ESVP müssen die vorhandenen zivilen und militärischen Fähigkeiten effizienter genutzt und ausgebaut werden. Nur so kann Europa eine stärkere und eigenständigere Rolle zur Festigung der Atlantischen Sicherheitspartnerschaft übernehmen.

Für ein konstruktives Verhältnis zu Russland sollte das Potenzial des NATO-Russland-Rats ausgeschöpft werden und dieser einen größeren Beitrag leisten, als dies zuletzt möglich war. Auch sollte der strategische Dialog zwischen den USA und Russland fortgesetzt werden. Insbesondere bei der Frage der Raketenabwehr sollte ein Gewinn an gemeinsamer Sicherheit erreichbar sein.

Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung

Wir begrüßen, dass sich US-Präsident Barack Obama für neue Initiativen zur Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen ausgesprochen hat. Damit besteht eine neue Chance, die Zahl der Nuklearwaffen drastisch zu reduzieren und die konventionellen Streitkräfte zu begrenzen.

Wir erwarten, dass die neue US-Administration, die begonnenen Verhandlungen mit Russland über eine rechtsverbindliche Nachfolgeregelung des im Dezember 2009 auslaufenden START I-Vertrages über die Begrenzung ihres strategischen Nukleararsenals zielstrebig fortsetzt, auch um damit das Nichtverbreitungsregime zu stärken und zu verhindern, dass die Zahl der Nuklearmächte weiter steigt. Darüber hinaus begrüßen wir die gemeinsame amerikanisch-russische Initiative zur Multilateralisierung des INF-Vertrags über nukleare Mittelstreckensysteme, der zu einem Stützpfiler der globalen und europäischen Sicherheitsarchitektur geworden ist.

Der Vertrag über die Nichtverbreitung von Nuklearwaffen ist als Fundament der internationalen Nichtverbreitungspolitik zentral, um die Verbreitung von Nuklearwaffen zu verhindern. Nur auf dieser Grundlage kann die angestrebte drastische Reduzierung der immer noch über 25.000 Nuklearsprengköpfe erreicht werden. Dieses Vertragsregime gilt es gegenüber wachsenden Proliferationsrisiken, wie im Iran oder in Nordkorea, zu stärken. Wesentlich hierfür ist die Übernahme des IAEO-Zusatzprotokolls, das eine effizientere Kontrolle potenziell illegaler Nuklearaktivitäten ermöglicht.

Zur Vermeidung der Weiterverbreitung von nuklearem Material, nuklearer Technologie und nuklearem Know-How muss Ländern, die die Kernenergie zur Energiegewinnung nutzen wollen, ein Weg aufgezeigt werden, der das Proliferationsrisiko minimiert. Zu diesem Zweck sollte eine kontrollierte Versorgung von Staaten mit nuklearen Brennstoffen unter internationaler Aufsicht einer zu stärkenden Atomenergieorganisation aufgebaut werden. Die Anreicherung von nuklearem Material sollte künftig möglichst multilateral erfolgen und durch die IAEA, der Internationalen Atomenergiebehörde, kontrolliert werden.

Barack Obama hat sich dafür ausgesprochen, den Nuklearen Teststoppvertrag durch den US-Senat ratifizieren zu lassen. Dies wäre ein wichtiger positiver Impuls für die Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrags im Jahr 2010, deren Ergebnisse wesentlich für die Zukunft des Vertragsregimes sein werden.

Exportkontrollen, mit denen die Weitergabe zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen und militärischer Trägertechnologie, aber vor allem von Dual-Use-Produkten kontrolliert wird, sind ebenso ein unverzichtbares Instrument zur Eindämmung von Proliferation. Wir unterstützen daher die 2003 von den USA angeregte Proliferation Security Initiative und andere Initiativen zur Proliferationsvorbeugung und gegen den Nuklearterrorismus.

Im Bereich der konventionellen Rüstungskontrolle fordern wir den Erhalt des KSE-Vertrages, des Vertrags über Konventionelle Streitkräfte in Europa, und das Inkraftsetzen von A-KSE, des Adaptierten KSE-Vertrags von 1999. Um die andauernde KSE-Krise zu lösen, hat die NATO Russland vorgeschlagen, A-KSE parallel zu ratifizieren und nach Inkrafttreten die zusätzlichen russischen Anliegen zu verhandeln, sobald Russland die Istanbul-Verpflichtungen von 1999 erfüllt. Wir fordern Russland auf, konstruktiv zu einem Erhalt von KSE beizutragen.

Beziehungen zu Russland

Um in den Beziehungen zu Russland eine abgestimmte transatlantische Position zu verfolgen, streben wir einen kontinuierlichen euro-atlantischen Russland-Dialog an. Dabei muss gelten: Wenn EU-Staaten in einer bestimmten Frage einen Dissens mit den USA (nicht aber mit Russland) haben sollten, muss dieser zuerst mit den USA geklärt werden. Jedes andere Vorgehen würde nur wieder zu einer Spaltung von EU und NATO führen.

Wir wollen die neue US-Administration dazu ermutigen, Russland-Politik nicht nur als ein Element der Nichtverbreitungs-, NATO-Erweiterungs- oder Nah- und Mittelost-Politik anzusehen, sondern als eigenständige außenpolitische Aufgabe, die das Ziel hat, zu einer nachhaltigen Partnerschaft bei der Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen zu gelangen.

Angesichts ihrer direkten Nachbarschaft zu Russland hat die EU ein strategisches Interesse an einem politisch und wirtschaftlich modernen, rechtsstaatlich-demokratisch verfassten und handelnden Russland. Eine solche Modernisierung sollte ein gemeinsames Anliegen sein. Wir sollten überall dort mit Russland zusammenarbeiten, wo wir den Wandel zu einem modernen demokra-

tischen Rechtsstaat fördern können und wo es den Menschen direkt zugute kommt. Dabei ist wesentlich, dass wir auch weiterhin die Einhaltung der Werte ansprechen. Das gilt insbesondere mit Blick auf Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Pressefreiheit, Pluralismus und Partizipation wie für die Achtung der Prinzipien der Souveränität und territorialen Integrität sowie den Verzicht auf hegemoniale Konzepte „eingeschränkter Souveränität“ und revisionistische Tendenzen in den internationalen Beziehungen.

Wir haben ein Interesse an einem verlässlichen, nicht bedrohlichen und kooperativ handelnden Russland. Der NATO-Russland-Rat, die G8, die EU-Russland-Beziehungen, der Europarat sowie eine baldige WTO-Mitgliedschaft und eine reformierte OSZE sind Möglichkeiten, in diesem Sinne die Zusammenarbeit zu vertiefen, durch den Kaukasus-Konflikt verlorenes Vertrauen wiederherzustellen und zugleich auch den Anspruch zu erheben, dass sich Russland im Einklang mit den Standards und Werten dieser Institutionen verhält. Dazu gehört dann auch, dass wir destruktives Verhalten Russlands in der internationalen Politik deutlich ansprechen.

Gemeinsam müssen wir zugleich die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Ukraine, Weißrussland und den Ländern des Kaukasus deutlich verstärken. Ziel muss eine demokratische, rechtsstaatlich gefestigte und wirtschaftlich prosperierende Region mit gleichberechtigten Beziehungen mit den Nachbarn sein. Eine solche Region wird die Sicherheit und die Stabilität in ganz Europa stärken und als attraktives Zukunftsmodell erhebliche Ausstrahlung auf ihre Nachbarschaft haben.

Wir sollten prüfen, wie weit als Antwort auf den russischen Vorschlag eines euroatlantischen Sicherheitssystems die in Europa bestehenden Sicherheitsstrukturen – insbesondere die OSZE und das KSE-Regime – gestärkt werden können, damit am Ende ein Mehrwert an Sicherheit entsteht. Aus der VN-Charta und der OSZE-Akte resultierenden Verpflichtungen – insbesondere der Verzicht auf die Drohung und Anwendung militärischer Gewalt sowie die Einhaltung und Gewährung von Menschen- und Freiheitsrechten – muss nachgekommen werden, sie bedürfen keiner neuen vertraglichen Verpflichtung.

Iran

Im Umgang mit dem iranischen Nuklearprogramm muss die Geschlossenheit der internationalen Gemeinschaft erhalten bleiben. Ziel bleibt, vom Iran objektive Garantien zu erhalten, dass sein Nuklearprogramm dauerhaft ausschließlich friedlichen Zwecken dient und alles zu tun, damit dies mit diplomatischen Mitteln erreicht werden kann.

Die vom UN-Sicherheitsrat und den EU3+3 verfolgte Strategie hat bisher Iran nicht daran gehindert, die Anreicherung von Uran fortzusetzen und den Bau von Zentrifugen zu forcieren. Neben einer Verstärkung der Double-Track-Strategie in beide Richtungen (Sanktionen und Kooperationsangebote) ist erforderlich, der bisherigen Strategie neue Elemente hinzuzufügen.

US-Präsident Obama hat die Möglichkeit direkter Gespräche mit der iranischen Führung in Erwägung gezogen. Damit ließe sich die bisherige Strategie erweitern, weil diese Gespräche nicht nur die Nuklearfrage in den Blick nehmen könnten, sondern auch die politische Lage in der gesamten Region. Hier ist es das Ziel, eine Sicherheitsordnung für den Nahen und Mittleren Osten zu entwickeln, bei der Iran ein wichtiger Akteur wäre. Als Beitrag zu einer solchen Sicherheitsordnung erwarten wir vom Iran, u.a. seine Haltung im Nahost-Konflikt grundlegend zu verändern und sich dem Friedensvorschlag der Arabischen Liga anzuschließen.

Dabei sollten sich die künftigen Gespräche mit der iranischen Regierung vor allem darauf konzentrieren, wie eine umfassende Transparenz und Kontrolle der iranischen Nuklearaktivitäten sichergestellt werden kann. Die Ratifizierung des Zusatzprotokolls des Nichtverbreitungsvertrages ist hierbei ein wesentliches Element. Auch eine multilaterale Beteiligung an iranischen Anreicherungsaktivitäten unter Aufsicht und Kontrolle der IAEA würde Transparenz und Sicherheit erhöhen.

Ein erfolgreicher Abschluss der Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrages im Jahr 2010, die hier die Vorschläge von El Baradei aufgreift, könnte eine Lösung des Konflikts um das iranische Atomprogramm wesentlich erleichtern.

Afghanistan und Pakistan

Die Stabilisierung Afghanistans ist eine der vordringlichsten Aufgaben der transatlantischen Sicherheitspolitik. Ziel ist es, die afghanische Regierung in die Lage zu versetzen, selbst für die Sicherheit und Stabilität ihres Landes zu sorgen. Dieser Aufgabe bleibt Deutschland mit seiner besonderen Verantwortung, die wir für den Norden Afghanistans übernommen haben, auch in Zukunft verpflichtet.

Eine Erhöhung der Truppenstärke oder der Polizeikräfte allein wird nicht ausreichen, um der verschlechterten Sicherheitslage zu begegnen. Notwendig sind auch verstärkte und besser koordinierte Aufbau- und Entwicklungsanstrengungen der internationalen Gemeinschaft, eine weitere Stärkung afghanischer Regierungs- und Verwaltungshandeln und der Justiz sowie die Entwicklung eines politischen Ansatzes, der die gesamte Region in den Blick nimmt.

Angesichts des bislang fehlenden internationalen Konsultationsrahmens sollte eine durch den UN-Sicherheitsrat legitimierte internationale Kontaktgruppe eine solche Initiative ausführen. Neben den fünf ständigen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates sollten der Kontaktgruppe auch Vertreter der EU, Afghanistans und seiner Nachbarn angehören. Diese Gruppe sollte mit der Aufgabe betraut werden, einen internationalen Konsens darüber herzustellen, dass die Stabilität Afghanistans prioritäres Ziel aller Anstrengungen ist und wie dieses erreicht werden soll. Gemeinsamer Ausgangspunkt und gemeinsames Interesse aller Beteiligten ist dabei die wirkungsvolle und nachhaltige Bekämpfung des internationalen Terrorismus (Al Qaida).

Pakistan ist der Schlüsselstaat für die Entwicklung Afghanistans. Eine Strategie für Afghanistan muss deshalb auch die Sicherheitslage Pakistans berücksichtigen. Dazu gehören die Herausforderungen durch islamistischen Extremismus, Instabilitäten in Staat und Gesellschaft und die Lage in den afghanisch-pakistanischen Grenzgebieten, wie auch das legitime Sicherheitsbedürfnis Pakistans angesichts amerikanisch-indischer und indisch-afghanischer Kooperationen unterschiedlichster Art. Ein erster Schritt könnte ein Dialog zwischen Pakistan und Indien über die jeweiligen Interessen in Afghanistan und über die Zukunft der Stammesgebiete unter Bundesverwaltung, den so genannten Federally Administered Tribal Areas (FATAs) in Pakistan an der Grenze zu Afghanistan sein.

Zur politischen Stabilisierung Afghanistans gehört auch, dass nach Jahrzehnten von Krieg und Bürgerkrieg ein Aussöhnungsprozess in Gang gebracht wird, der vertrauensbildend wirkt und der Voraussetzung dafür ist, einem staatlichen Gewaltmonopol näher zu kommen.

Naher und Mittlerer Osten

Europa und die USA haben das größte Interesse an einer Befriedung und Entwicklung des Nahen und Mittleren Ostens. Mit der Wiederbelebung des Nahost-Quartetts und mit der Konferenz von Annapolis haben beide Partner ihren Willen bekundet, auf eine Lösung des Konflikts zwischen Israel und den Palästinensern hinzuarbeiten. Die Kämpfe zwischen der Hamas im Gazastreifen und Israel nach Beendigung der Waffenruhe durch die Hamas um die Jahreswende 2008/2009 zeigt jedoch, wie fragil die Lage ist. Dabei stimmen wir darin überein, dass Israel ein Recht auf Selbstverteidigung hat. Wir müssen gemeinsam mit der neuen US-Administration intensiv daran arbeiten, einen dauerhaften Waffenstillstand zu erreichen, der nicht wieder von der Hamas für eine erneute Aufrüstung genutzt werden kann. Dazu wollen wir konkrete Beiträge leisten, wo dies möglich ist und gewünscht wird. Die arabische Friedensinitiative bleibt auch weiterhin ein richtiger und wichtiger Ansatz. Die jetzigen Initiativen Ägyptens und der Türkei unterstützen wir. Doch liegt das Kernproblem in Palästina selbst. Der Konflikt zwischen den fundamentalistischen und den moderaten Kräften in der islamischen Welt kann nicht vom Westen gelöst werden. Wir haben jedoch ein eigenes, elementares Interesse daran, die moderaten Kräfte so gut wie möglich zu unterstützen. Daher gilt es, die arabischen Staaten dabei zu unterstützen, die Spaltung der Palästinenser zu überwinden. Ziel ist und bleibt, eine Zweistaaten-Lösung mit sicheren Grenzen zu realisieren.

Syrien spielt eine gewichtige Rolle in der Region. Gerade angesichts der derzeitigen Krise erwarten wir von Damaskus, sich bei der Suche nach einer Friedenslösung im Nahen Osten einzubringen und die Unterstützung des islamistischen Terrorismus zu beenden. Wir können auch nicht akzeptieren, dass Damaskus nicht ausreichend mit der Internationalen Atomenergie-Agentur kooperiert. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass Demokratie und Souveränität des Libanon gestärkt werden; dazu gehört auch, den geplanten Austausch der Botschafter endlich vorzunehmen. Es liegt in syrischem Interesse, in die internationale Gemeinschaft zurückzukehren.

Zusammen mit den USA engagieren wir uns bei der Stabilisierung und beim Wiederaufbau des Irak. Wir begrüßen das Sicherheitsabkommen zwischen den USA und der irakischen Regierung, das dem Irak die Chance gibt, eigenständig seinen Weg zu einer Demokratie zu vollenden. Wir sind bereit, der irakischen Regierung bei der Bewältigung dieser großen Aufgabe zu helfen und auch deutsche Firmen zu ermutigen, in dem Land zu investieren.

Neben Stabilisierung und Wiederaufbau des Irak ist dringend geboten, humanitäre Hilfe für die Millionen Binnenvertrieben und die übergroße Zahl an irakischen Flüchtlingen in Jordanien und in Syrien zu leisten. Deshalb müssen die EU und die neue amerikanische Regierung gemeinsam mit den Hauptaufnahmeländern geeignete Strategien entwickeln, um das Flüchtlingsproblem zu lösen.

Wir können die Konflikte im Nahen und Mittleren Osten nicht unabhängig voneinander betrachten; alle dortigen Auseinandersetzungen sind miteinander verbunden – daher müssen wir an mehreren Stellen ansetzen, um die Region zu stabilisieren und Frieden zu erreichen.

Partnerschaft stärken – Freundschaft intensivieren

Auf die transatlantische Agenda werden zahlreiche weitere Themen aufgesetzt werden, die wir partnerschaftlich und gemeinsam bewältigen müssen. Grundlage hierfür bilden der Wertekonsens und ein gutes Vertrauensverhältnis, auch zwischen der deutschen und der amerikanischen Bevölkerung. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs haben sich beispielsweise durch Schüler- und Studentenaustauschprogramme, die Gründung von deutsch-amerikanischen Institutionen, aber auch durch Städtepartnerschaften die Beziehungen immer enger und freundschaftlicher gestaltet. Eine enge Zusammenarbeit gibt es auch in der Wissenschaft. Die erfolgreichen amerikanischen Universitäten wurden nach deutschem Vorbild, den Ideen Humboldts, gegründet. Heute sind die USA die führende Forschungs- und Wissenschaftsnation. Es ist unser Ziel, den Austausch und die Zusammenarbeit auf allen Ebenen zu vertiefen, um diese untrennbare Partnerschaft zu stärken und die Freundschaften zu intensivieren.



Herausgeber: CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Dr. Norbert Röttgen MdB

Hartmut Koschyk MdB

11011 Berlin

Foto: Frank Bergmann